

werden. Die Tarife wurden schon kurz vor den Wahlen gefündigt. Nach dem die mit den DVB-Bürokraten geheim geführten Verhandlungen zu einem Abbruch gebracht sind, distanzieren die Textilindustriellen den einzelnen Belegschaften Lohnföhrungen bis zu 20 Prozent. Diese Angriffe können nur durch den Kampf in den Betrieben mit der scharfen Waffe des Streiks abgewehrt werden.

In den letzten Wochen ist die Kampfberettschaft und die Aktivität der Arbeiterschaft in den Betrieben zweifelloser gestiegen. Das ist auch ein politisches Ergebnis unserer Wahlkämpfe. Die Kampfbeschlüsse der Belegschaften und die hier und da auch in Sachfen auffordernden Streiks und Bewegungen der letzten Tagen in dem Textilbetrieb Liebermann in Jallennau und in der Spinnerei Witt in Chemnitz gestreift. Seit Freitag streift die Belegschaft der Fabrik Bergmann & Selo in Dresden. Dieser Kampf der Dresdner Futurarbeitenden besitzt einen ausgesprochenen politischen Charakter. Es geht nicht darum, einen Lohnabbau abzumehren, sondern die Erhöhung der tatsächlich gezahlten Löhne auf die im Lohnabkommen festgelegten Sätze soll erlangt werden. Mit zeigen sich auch noch Schwächen. Die Streikführer im Blauenischen Grunde, sagten einen vorbildlichen Kampfbeschluss, aber er wurde nicht einheitslich und reiflich in die Tat umgesetzt, weil die revolutionäre Opposition auf den Arbeitstätten, in den Streiklinien noch nicht genügend organisiert ist. Das alles beweist, daß die Arbeiterschaft kampfbereit ist, es aber noch an der einheitslichen, zielbewußten Führung und an dem festen Rahmen mangelt, der die Arbeitstätten in der roten Einheitsfront zusammenhält. Seides muß in der Betriebskampfwoche der Antifaschistischen Aktion geschäftig werden.

Dieses Ziel wird erreicht mit Hilfe von Belegschaftsverammlungen, periodischen Diskussionen, Flugblättern, Betriebszeitungen und Streuzetteln, mit denen die Betriebe in diesen Tagen überflutet werden. Alle oppositionellen Arbeiter, alle Antifaschisten in den Betrieben, möglichst die gesamten Belegschaften sind organisatorisch sowohl in direkten Oppositionsgruppen, als auch in antifaschistischen Massenbeschlüssen zusammenzufassen. Wo noch keine einheitslichen Kampfausschüsse bestehen, gilt es in dieser Woche auf breiter Grundlage solche zu wählen. Die durchzuföhrenden Kampfhandlungen sollen auch unter dem Zeichen betrieblicher Fortbewegungen stehen. Wichtig ist, daß die in dieser Woche in allen Betrieben stattfindenden Belegschaftsverammlungen gründlich vorbereitet werden. Die systematische Kampagne für die Beteiligung der Gesamtbelegschaften muß mit der Festlegung des Verlaufs der Verammlungen, der Entschlüsse und Vorschläge für die Kampfausschüsse Hand in Hand gehen. Welche Bedeutung die Betriebsverammlungen in der letzten Zeit haben, geht schon aus den politischen Gegenmaßnahmen des staatlichen Machtapparates hervor. Das Verbot der Belegschaftsverammlungen bei der Firma Liebermann durch die Polizei, die Verhaftung eines Arbeiters vor der „Gardine“ in Dobitz, weil er für eine Belegschaftsverammlung Propaganda getrieben hatte, spreche Bände für diese Tatsache. Deshalb darf auch nicht der Erfolg durch mangelhafte Vorbereitung der Betriebsverammlungen gefährdet werden.

Das Hauptziel der Betriebskampfwoche der Antifaschistischen Aktion ist die Herstellung der roten Einheitsfront und der Kampf gegen den Faschismus im Betrieb. Die Arbeit im Betrieb und in der Gewerkschaft muß sich dabei ergänzen. Doch die Nazis nicht nur verüben in den Betrieben, sondern auch in die Gewerkschaften einzuwirken, geht aus einem Gebetsbecht der Nazi-Kochs Leitung vom 10. 2. 1932 an alle Ortsgruppenleiter und SA-Führer hervor:

Die Übernahme der Macht im Staate wird uns vor schwerföhrige Aufgaben stellen, denen wir unbedingt gewachsen sein müssen. Unter Augenmerk hat sich auf Gewerkschaften und Betriebe zu richten. In jeder Gewerkschaft müssen harte nationalsozialistische Gruppen geschaffen werden, die auf Anforderung sofort einberufen sein können. Kampfbereite Einheitsgruppen dürfen sich nicht wiederholen.

Unter „Kampfbereite Einheitsgruppen“ verstehen die Nazis den zu erwartenden einheitslichen, politischen Massenstreik des gesamten Proletariats bei der offenen Einberufung der Nazis in die Regierung im Reich. Das soll durch die tatsächliche Zerstückelung der Belegschaften und Gewerkschaftsorganisationen verhindert werden. Der Kampftritt hinaus mit dem faschistischen Streikbrechern aus den Betrieben! muß deshalb mit der Volung ergänzt werden: Kein Nazi-Terrorist darf Mitglied einer freien Gewerkschaft sein!

Die Gewerkschaftsbürokraten legen gegenüber dem Eindringen der Nazis in die Verbände eine verbrecherische Duldungsamkeit an den Tag. Den wachsenden Einheitsfrontwillen der Arbeiterklasse gegen den Faschismus versuchen sie mit der demagogischen Parole zu labortieren: „Die Einheitsfront entsteht im Rahmen der Gewerkschaftsorganisationen.“ Eine merkwürdige „Einheitsfront“, die vom Mitgliedsbuch in der Tasche jedes einzelnen abhängig gemacht wird und damit die Mehrheit der Arbeiterklasse von vornherein ausschließt. Ein eigenartiger „Antifaschismus“, der die Nazisterrordnungen in seinen Reihen duldet und auf der anderen Seite alle oppositionellen Kollegen, jeden mehrheitlichen Antifaschisten hinausweist. Kann es da noch einen Zweifel geben, daß die Gewerkschaftsbürokratie alles andere, nur nicht die rote Einheitsfront zum Kampf gegen Lohnraub und Faschismus will?

Wie so ganz anders stellen wir die Frage der Herstellung der Einheitsfront. In dem Aufruf der KPD und KSO vom 25. April 1932 an die freigewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Arbeiter heißt es:

Wir erklären: Wir sind bereit mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterföhrungsabbau föhren will, gemeinsam zu kämpfen.

Wir schlagen euch vor: Sofort in jedem Betrieb und in jedem Geschäft, auf allen Stempelfellen und Arbeitsnachweisen, in allen Gewerkschaften Massenverammlungen einzuberufen, die drohende Lage zu überprüfen, die gemeinsamen Forderungen aufzustellen, Kampfausschüsse und Streikleitungen der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter zu wählen und entschlossen den Massenkampf und den Streik gegen jeden Lohn- und Unterföhrungsabbau vorzubereiten und durchzuführen.

In der Betriebskampfwoche der Antifaschistischen Aktion wird das verwirklicht. Alle Antifaschisten auf Kampfposten!

Der Streik bei Bergmann & Selo mit einem Zellerfolg beendet

Der Streik in der Fabrik Bergmann & Selo in Dresden wurde am Sonnabendvormittag mit einem Teilerfolg abgebrochen. Der Unternehmer, der vorher jede Verhandlung abgelehnt hatte, erklärte sich bereit, von 48 Forderungen bei 14 die Erfüllung zu erhöhen. Von Zurückweichen des Unternehmers ist ein einziger Tag Streik beweis, daß die Arbeiter dann, wenn sie einheitslich und gerichtet in dem Betrieb nicht organisiert ist, die Kampfberettschaft der Arbeiterschaft hier ist mit dem Ziel, den Kampf um die Gewerkschaft zu führen.

Dresdner Bombenattentat nach Nazi-Terrorplan ausgeföhr

Zwei Führerkonferenzen der SA in Chemnitz und Dresden beschließen Aufföhrung von Terrorgruppen. „Es muß im ganzen Lande massen“

Unsere Enthüllungen über die Vorbereitungen der SA-Führer an Hitlers SA finden jetzt auch für Sachsen eine einwandfreie Bestätigung. Die Bombenanschläge in Freital und Dresden werden illustriert durch den Bericht der Chemnitzer, Volkstimme. Das SA-Feld ist am Freitag in der Lage, einen ihm zugänglichen Bericht über zwei sachliche SA-Führerkonferenzen zu veröffentlichen, die einheitslich zeigen, daß die Terrorakte der SA und SS dem von uns bereits veröffentlichten generellen Vorbereitungsplan entsprechen, und daß sie auch für Sachsen organisiert werden.

Nach dem Bericht hat am 28. Juli in Chemnitz eine SA-Führerkonferenz stattgefunden, die von dem Landtagsabgeordneten Schlegel geleitet wurde, und an der der Jaidauer Kampfhauptmann Schmuje ebenfalls teilnahm. Dort erklärte Schlegel im Zusammenhang mit einem (Wünchner!) Sonderbericht: „Es muß in den nächsten 14 Tagen im ganzen Lande massen“

Zu diesem Zwecke werden von der SA besonders juocrielle Leute zu Terrorgruppen zusammengestellt. Wünchen werde alle Kameraden vertreten, die von der Waffe Gebrauch machen! Am 1. August fand auch in Dresden im Hotel Stadt Peterburg eine Besprechung statt, die unter der Leitung des SA-Führers Weberbalj stand. Dort wurde unter dessen Führung für Dresden und Umgebung eine Terrorgruppe zusammengestellt. Weberbalj erklärte dabei: „Von heute nacht ab sind wir

nicht mehr legal!“ Beteteiligt waren an dieser Besprechung: Tromm-Wachwitz, Jüchmann-Flauren, Weidmann-Jwidau, von der Sturmabteilung von Chemnitz. Diese Besprechung wurde von Weberbalj selbst, wahrscheinlich im Geiß, veranlaßt.

Nach dem Plan für Sachsen bereits durchgeführt wird, beifögen die in Dresden erfolgten Bombenwölle auf das RZF-Feld und das Attentat auf die Freitaler Volksbuchhandlung. Das vollzieht sich, während die Polizei mit einem Riesenapparat von Kräften Hausföhrungen bei Arbeiterorganisationen hält. Die SA-Terrorbanden glauben deshalb freie Hand für Bomben- und Revolverattentate zu haben!

Nach der Massenbeschlüssen wird ihnen jedoch das verbrecherische Handwerk gelegt!

2 1/2 jäh. Kind von Nazis verlegt

Am Sonnabendabend kam es hier zu schweren Zusammenstößen zwischen provozierenden Nazis und Arbeitern. Die SA-Banden schloßen, wodurch ein Arbeiter schwer verletzt wurde. Den schicksalhaften Nazis fiel auch ein zweieinhalbjähriges Mädchen zum Opfer, das erheblich durch Schüsse in den Rücken verletzt wurde. Auch am Sonntag kam es in Rohn-Witze zu Zusammenstößen zwischen Nazis und Arbeitern. Dabei gab es einige Verletzten.

Jungarbeiter, kämpft in Antifaschistischer Aktion!

Zwangsarbeit droht unmittelbar

Hindenburg fordert „beschleunigte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“. Prallische Hilfestellung durch ADGB-Verpart. Kampf um Arbeitsbeschaffungsorderungen der KPD

Amlich wird mitgeteilt, daß Hindenburg vor seiner Abreise nach Meudon vom Reichspräsidenten verlangte, daß mit der größten Beschleunigung alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gefördert werden. Da die Papenregierung als einziger Vorschlag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Notverordnung über die Zwangsarbeit vorbereitet, bedeutet diese Erklärung nichts anderes, als daß mit der beschleunigten Einführung der Zwangsarbeit zu rechnen ist.

Die Papenregierung wird sich aus zwei Gründen besonders breiten, die Zwangsarbeit naturoctordnen, einmal in gegenwärtig, wie der ADGB-Verpart in einem Artikel im Berliner Tageblatt schreibt, die Zahl der Erwerbslosen höher als die der Beschäftigten. Zum anderen wollen die Papen und Schleicher mit der Schaffung von Arbeitsplätzen die unbehaglichen SA-Elemente in den Städten loswerden und aus-land schicken. Bereits macht sich besonders in Berlin Gaud der NSDAP — hiergegen eine starke Opposition der SA-Föhrer bemerkbar.

Jetzt, wo die Zwangsarbeit unmittelbar droht, wäre es Aufgabe der freien Gewerkschaften, alle Kräfte zum Kampf hiergegen anzuwandeln. Staatlichen Letzturteil über Verpart im bürgerlichen Berliner Tageblatt über den sogenannten Arbeitsbeschaffungsplan des ADGB, der nach dem Eingangsbeispiel Verpart selbst unbrauchbar ist. Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffungspläne durch Anleihe, wie es Verpart vorschlägt, ist deswegen unmöglich, weil jedes Kapital dazu fehlt. Deswegen ist der ADGB-Plan nichts anderes, als ein Ablenkungsmanöver, um die Wahlen gegen die Zwangsarbeit zu hindern. Prallisch bedeutet der ADGB-Plan somit eine Unterföhrung der Zwangsarbeitpläne der Papenregierung.

Über die hungernden Massen wollen wir nicht Arbeit, Arbeit zu menschenwürdigen Bedingungen und nicht unter der Anute der Offiziere und Feldwebel von Hitlers Terror-

garden. Den Weg zu solcher wirklichen Arbeitsbeschaffung hat allein die kommunistische Partei aufgezeigt. Wir fordern die sofortige Entsendung der ehemaligen Führer und Parteimitglieder, eine besondere Millionensteuer und eine Sondersteuer für alle großen Einkommen, die Einstellung aller Zahlungen in Rente, für Reichswehr und Schulpf. Durch diese Maßnahmen würden mehrere Milliarden zur Verfügung gestellt, mit denen Arbeitsbeschaffungspläne finanziert werden können.

Jeder, der wirklich für Arbeit für die Millionenmassen der Erwerbslosen sorgen will, muß darum die Zwangsarbeitpläne der Papenregierung und das Betrugsmanöver des ADGB aus scharfste bekämpfen und in erster Einheitsfront den Kampf für die Durchföhrung der kommunistischen Arbeitsbeschaffungsorderungen aufnehmen.

Hungerschläge, die nächsten Maßnahmen

Das der Reichsregierung nahestehende Blatt Der Monat teilt Einzelheiten über das Wirtschaftsprogramm der Papenregierung, das in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung kommen soll, mit. Im Vordergrund des Wirtschaftsprogramms liege „organisatorische Umgestaltung der Erwerbslosenfürsorge, Föderung der Tarifpolitik, Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes, Arbeitsbeschaffung und Seidung“. Wie das Blatt mitteilt, ist das Wirtschaftsprogramm in allen Einzelheiten gut wie fertiggestellt, es wurde bisher lediglich nur deshalb nicht veröffentlicht, weil die Frage der Finanzierung des Programms noch nicht behoben werden konnte.

Nazis bei der „Systemänderung“

Hindenburg führt Geberings Schlachsteuer ein. Hitlers Länderminister in den aufgetretenen Fußspuren sozialdemokratischer Regierungspraktiker

Wir berichteten am Sonnabend von einer Rede des betuglichten aldenburgischen Naziministerpräsidenten Gange-Koewer, in der er neben provozierenden Drohhöhrungen großspurig erklärte:

„Wenn im Reich nicht ein grundlegender Wandel eintreift, so wird Hindenburg als seines Vn ein Mutterbeispiel nationalsozialistischer Wirtschaftsföhrung geben.“

Nun liegt ein solches „Mutterbeispiel“ vor. Die Nazis haben in Oldenburg die Schlachsteuer eingeföhrt, die bereits am 18. August in Kraft treten soll. Dabei ist besonders freudigend, daß als Steuer die preußische Schlachsteuer genommen wird, die von der Geberingsregierung bereits seit einiger Zeit eingeföhrt wurde und nicht nur die Klein- und Mittelbauern aufs unerträglichste belastet, sondern auch die Fleischpreise so in die Höhe getrieben hat, daß Fleisch und Wurst für die große Mehrheit der Werttätigen ein unerschwingliches Luxusartikel geworden ist. Nichts kennzeichnet den nationalsozialistischen Massenbetrug besser wie die Tatsache, daß die Nazis im preußischen Landtag wiederholt die Aufhebung der Schlachsteuer verlangt haben. Jetzt nehmen sie Geberings Schlachsteuer als Grundlage für ihre eigene Politik der Massenabschlachtung.

So steht der Systemwechsel der Nazis in der Praxis aus. Sie wandeln in den ausgeföhrten Fußspuren der sozialdemokratischen Minister, von denen sie nicht nur die Demagogie der Agitation entliehen und zur Wehrhaftigkeit an Struppellosigkeit gebracht haben, sondern auch die Regierungspraktiken, die sie im Reich als Inkarnation Papens kopieren lassen. In den Ländern werden sie von den wackelhaften Ministern der Republik angepöndelt. Den mittelständlichen Anhängern der Nazis

dürften ab dieser „Systemänderung“ die Augen halb aufgem-

Börse spekuliert auf Hitlers Ministerliste

Der Jinswucher und die „Wunderföhrungen“ der NSDAP

Das „Berliner 12-Uhr-Mittagsblatt“ vom 13. August berichtet: „Die nationalsozialistische Reichsregierung hat im Herbst 1930 die Entsendung der Bank- und Börsenminister beantragt, und im Preussischen Landtag wünschte Herr Rade, die Forderung überhaupt zu schließen, aber die Börse selbst scheint derartige Behauptungen nicht zu hegen. Sie erwartet von einer nationalsozialistischen Regierung etwas ganz anderes. ... Zum Beispiel erreichen die Berliner Kraft- und Lichtwerke Spindelfabrik, obwohl die zehnprozentige Dividende ein Mindestmaß von 100 Millionen und Jinswucher darstellt.“

Der Jinswucher blüht also gerade in Erwartung der Ministerliste für Hitler, Stöcker und Co!

Was der „Sozialismus“ der Hitlerpartei in Wahrheit bedeutet, legt auch die großspaltige „Tausche Allgemeine Zeitung“. Sie schreibt am 13. August im Leitartikel wörtlich:

„Nach dem Ergebnis der letzten Wahlen möchte man annehmen, daß ein Sozialismus, der im nationalen Gewand und ohne den gefährlichen Hintergrund des Klassenkampfes auftritt, keine Schwere für das deutsche Völkergeschick verfehlen hat. Vielleicht ist für die Entscheidung dieser am 31. Juli auch von Bedeutung gewesen das Wissen um die Tatsache, daß die Welt der Ideen von der Welt der Taten durch große Gräben getrennt ist, und daß mancher Völkergewer an den ersten Willen nach an die sozialistischen Möglichkeiten des Sozialismus durch Adolf Hitler und seine Gefolgschaft glaubt.“

des s
In die
prolet
Hintergru
In C
Zwischen
Werten in
sind w
von 2000
Die W
waren Er
Kampf
gibt, die
100000 T
Einen
100000 T
Mittler
auf dem
schon in
Der S
wird bei
erst in
mit 1
nach 1
dem Welt

Modern
Die 10
schon in
Jahre ge
Junge au
Erhebung
geben. S
fa u ma
Autokrat
gemeinlich
wollen“ m
erhalten.
und eine
fa u — C
Auf d
Volk im
Gefahr
Wirtschaft
verfallen;
werden in
Wähl
schaften
im Fall
um nicht
der sich
erhebt.
Nach
grundlage
erhalten
haben. Die
die fröhrlich
belagerten
Moskau
folos erhe
Einen
Teleph
mischen
Millionen
preußische
Kolonien
Welt geh

Mike
Copyr
12. Jor
Das
Festlegg
„Gef
sch ansp
„Rei
dann w
bauen.“
„Wa
Der
die für
Da wird
Blin
Verde r
Stiefel r
Halter r

Copyr
12. Jor
Das
Festlegg
„Gef
sch ansp
„Rei
dann w
bauen.“
„Wa
Der
die für
Da wird
Blin
Verde r
Stiefel r
Halter r
„Ju
Kupland
„Ja
teich die
taillien
darüber
blanz h